

# Erdgas-Debatte geht weiter

Podiumsdiskussion der Kreis-CDU / Interessengemeinschaft schreibt Kanzlerin Merkel

**BORKENWIRTHE** (kus). Das Podium ist hochkarätig besetzt. Ausgewiesene Fachleute hat die Kreis-CDU für ihre Info-Veranstaltung zum Thema „Erdgasbohrungen im Kreis Borken – Chancen und Risiken“ gewonnen. Am kommenden Mittwoch, 16. Februar, werden die Experten ab 19 Uhr im Pfarrgemeindezentrum in Burlo miteinander diskutieren.

Mit dabei sein wird zum Beispiel Dr. Werner Zittel, der immer wieder von Gegnern der geplanten Erdgasbohrungen zitiert wird. Zittel ist Gründungsmitglied der ASPO Deutschland (Association of the Study of Peak Oil and Gas). Seinen Argumenten dürften die des Unter-

nehmens Exxon Mobil entgegenstehen, das wie berichtet in Borkenwirthe nach Erdgas bohren möchte. Unternehmenssprecher Norbert Stahlhut wird auf dem Podium sitzen. Professor Bernhard Cramer von der Bundesanstalt für Geowissenschaften wird genauso teilnehmen wie politische Vertreter der CDU. Der Bundestagsabgeordnete Johannes Röring und der Landtagsabgeordnete Hendrik Wüst werden mitdiskutieren. Als Vertreter der Interessengemeinschaft gegen Gasbohrungen in Borkenwirthe hat Jürgen Kruse seine Teilnahme zugesagt.

Die Interessengemeinschaft ist auch noch auf an-

derer Ebene aktiv. In einem gemeinsamen Schreiben haben sich die Anwohnervertreter aus Borkenwirthe, Drensteinfurt, Nordwalde und Lünne an Bundespräsident Christian Wulff, an Bundeskanzlerin Angela Merkel, an den EU-Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek sowie an die Vorsitzenden der Bundestags- und EU-Parlamentsfraktionen gewandt. Darin kritisieren die Interessengemeinschaften unter anderem die Fracking-Methode, die Exxon Mobil möglicherweise zur Förderung von Erdgas anwenden könnte. Bei diesem Verfahren werden chemische Stoffe verwendet, um das Gas aus den Gesteins-

schichten zu lösen. „Dieser Cocktail verbleibt zum großen Teil einfach im Erdreich“, heißt es in dem Schreiben. Außerdem würden „Unmengen an Frischbeziehungsweise Trinkwasser für dieses Verfahren benötigt“.

Das für das Genehmigungsverfahren ausschlaggebende Bergrecht ist aus Sicht der Bohrungs-Gegner veraltet. „Bitte verhindern Sie dieses Verfahren durch eine zeitgemäße Gesetzgebung, welche diese hochbrisanten Verfahren in Deutschland und EU-weit untersagt“, appellieren die Vertreter der Interessengemeinschaften an die hochrangigen Politiker.